

# Kölner Erwerbslosen-Anzeiger

Engagierte Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose und solche, die es werden könnten

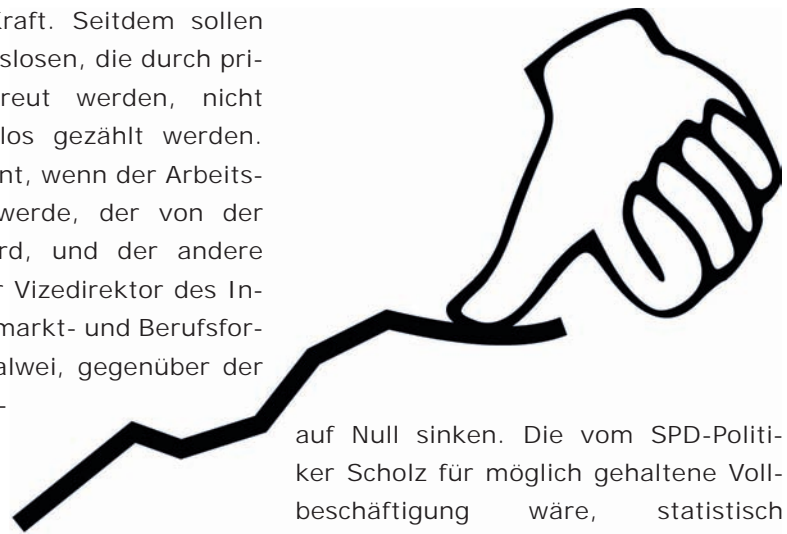
# Statistik wird immer mehr frisiert

Bundesagentur schönt Arbeitslosenstatistik schon länger • Neuer Trick ab Jahresanfang

Am 4. Mai veröffentlichte die Financial Times Deutschland einen Artikel unter der Überschrift „Bundesagentur frisiert ab sofort Arbeitslosenstatistik“. Noch am selben Tag (11:51 Uhr) gab die BA eine Pressemitteilung heraus, in der es heißt, dass diese Überschrift „irreführend“ sei.

In der Tat muss man an dieser Stelle der BA Recht geben. Schließlich ist schon seit geraumer Zeit bekannt, dass die offiziellen Statistiken nicht die Realität widerspiegeln. Auch der KEA hat darauf schon in mehreren Artikeln hingewiesen. So werden Menschen, die älter sind als 58 Jahre, die in einer Maßnahme oder in einem 1-Euro-„Job“ stecken, schon länger nicht mehr mitgezählt, obwohl sie erwerbslos sind. Was die rosa Finanzzeitung in ihrem Artikel skandalisierte, war nur der nächste Versuch, für 2009 gute oder wenigstens bessere Zahlen zu präsentieren. Am 1. Januar 2009 trat das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen

Instrumente in Kraft. Seitdem sollen künftig alle Arbeitslosen, die durch private Träger betreut werden, nicht mehr als arbeitslos gezählt werden. Es sei inkonsequent, wenn der Arbeitslose mitgezählt werde, der von der BA vermittelt wird, und der andere nicht, äußerte der Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Ulrich Walwei, gegenüber der FTD und hat anscheinend den Sinn nicht verstanden. Sollte nämlich die Bundesagentur aufgelöst beziehungsweise privatisiert werden, wie es die FDP unaufhörlich fordert, würde die Arbeitslosigkeit schlagartig



auf Null sinken. Die vom SPD-Politiker Scholz für möglich gehaltene Vollbeschäftigung wäre, statistisch gesehen, über Nacht da. Trotz der schönen Zahlen aber bleiben unter dem Strich Millionen Menschen in der Armutsfalle. (hpf)

## Impressum

Herausgeber:



Die KEAs  
Kölner Erwerbslose in  
Aktion e.V.

Redaktion:  
Kölner Erwerbslosen Anzeiger  
Steprathstr. 11, 51103 Köln  
info@die-keas.org  
www.die-keas.org

Der Kölner Erwerbslosen-Anzeiger erscheint monatlich im Selbstverlag. Redaktion: Antje Löschke (dru, Chefredakteurin), HP Fischer (hpf), H. Naumann (nau), J. Lubig (jlk). Redaktionsschluß: Eine Woche vor Monatsende.

## Bezugsquellen

Wir verteilen den KEA vor der Arbeitsagentur Luxemburger Str. und anderen Agenturen/ARGEn. Zudem liegt der KEA u.a. hier aus:

GGs-Büro, Steprathstr. 11 (Kalk)  
DGB-Haus, Hans-Böckler-Pl. 1, 2. OG.

## Berichte / Briefe

Ihr habt etwas Unglaubliches in der ArGe oder der Agentur erlebt? Ihr wolltet schon immer mal die Presse einschalten, doch die Presse ignoriert Euch? Schreibt uns per Email oder Post. Adressen siehe oben.

## Offenes Treffen

Jeden Donnerstag veranstalten wir ein offenes Treffen für Interessierte: Beginn: 17:00 Uhr in der Steprathstr. 11 (Haltestelle Kalk Kapelle).

## Es geht auch ohne 1-€-Jobs!

SSK - Sozialistische Selbsthilfe Köln

Salierring 37/41 (nähe Barbarossapl.) Tel. Köln 21 31 75. Gebrauchtmöbel und Trödeladen Di-Fr 10-13 Uhr und 14-18 Uhr. Sa 11-14 Uhr (nur Möbellager).

www.sozialistischeselbsthilfekeoeln.de

# Positive Hartz-IV-Bilanz

Der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA), Heinrich Alt, zieht nach vier Jahren Hartz-IV Bilanz: „Das System funktioniert, auch wenn es noch Mängel gibt.“ In völliger Ignoranz der Tatsachen versucht er, so den Eindruck zu erwecken, dass höchstens hier und da ein paar kleine Verbesserungen gemacht werden müssten.

Augen zu und durch

Es spielt anscheinend keine Rolle, dass die Zahl der Sozialleistungsempfänger sich in dieser Zeitspanne fast verdreifacht hat. Nur nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Armut in Deutschland weiter wächst und immer größere Bevölkerungsteile von ihr bedroht sind. Einfach die Augen zumachen vor den Überlastungen der Sozialgerichte (Vervierfachung der Anzahl der Klagen seit Einführung von Hartz-IV). Ganz egal, dass in den inzwischen als verfassungswidrig eingestuften ARGEn Menschen entrechtet, gedemütigt und durch Sanktionen gefügig gemacht werden. Völlig übersehen, dass mit dieser „Reform“ anstatt der Arbeitslosigkeit in Wahrheit die Arbeitslosen bekämpft werden?

Doch ein Erfolg

Aber halt, „Herr“ Alt. Sie haben ja doch Recht. Es kommt dabei nur auf die Sichtweise an. Natürlich funktioniert das System. Die Folgen sind selbstverständlich allesamt politisch gewollt. Denn nur durch die große Anzahl an Erwerbslosen und nur durch den eingeführten Arbeitszwang und die damit zusammenhängenden Ein-Euro-Jobs, kann genügend Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Menschen aufgebaut werden, die (noch) einen Arbeitsplatz besitzen. Hartz-IV dient dabei sowohl zur Abschreckung als auch als Spaltungsinstrument. Die altbekannte Taktik des Teilens und Herrschens: Solange die Bevölkerung gegeneinander ausgespielt wird, brauchen sich die Verursacher des ganzen Elends keine Sorgen zu machen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden.

Zur Person

Heinrich Alt ist seit 2002 Mitglied im Vorstand der BA. Im Februar dieses Jahres setzte er sich öffentlich für die Kürzung

der Hartz-IV-Sätze bei Jugendlichen ein. In Erinnerung bleiben sollte jedem Erwerbslosen folgendes Zitat im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftskrise: „Jeder, der in Beschäftigung bleibt, ist wertvoller als der, der arbeitslos ist.“ [1] Was für ein Menschenbild hinter solch einer Aussage steht, bleibt hier absichtlich unkommentiert. Da kann ja jeder mal selbst darüber nachdenken. In diesem Zusammenhang bekommt auch das Motto des Kabarettisten Wolfgang Neuss („Heute mache ich mir kein Abendbrot, heute mache ich mir Gedanken.“) noch eine ganz andere Bedeutung. Wenn nämlich gegen Ende des Monats das Geld für Lebensmittel nicht mehr reicht, ist es allerhöchste Zeit, nicht nur darüber nachzudenken, wie Essen auf den Tisch kommt, sondern auch, wer überhaupt für diese menschenunwürdigen Zustände verantwortlich ist.

(tgr)

[1] WWW.DIE-KEAS.ORG/W4

## Möbliert-zuschlag

Liebe PAPs, bitte lesen:

Wird mit der Wohnungsmiete auch eine Teilmöblierung abgegolten (hier: Nutzung einer Kücheneinrichtung), so handelt es sich dabei um Kosten der Unterkunft, die der Grundsicherungsträger nach dem SGB II im angemessenen Umfang übernehmen muss .

BSG, Urteil vom 07.05.2009, Az. B 14 AS 14/08 R

# Heizt ihnen ein!

Im letzten Einleger (Der KEA 05/2009) haben wir schon auf die Probleme hingewiesen, die die ARGE bei angeblich unangemessenen Unterkunfts-kosten macht. Häufig stellt sich die ARGE quer bei der Übernahme der Kosten. Ein ganz besonderes Augenmerk gilt den Heiz- und Nebenkosten. Die gehören zwar auch zu den Kosten der Unterkunft, werden aber noch weniger gerne in voller Höhe bezahlt.

## Heiz- und Nebenkosten in TATSÄCHLICHER HÖHE

Zu den Heizkosten zählen die laufenden, aber auch einmalige Kosten der Heizung (BSG 16.05.2007 – B 7b AS 40/06 R), Vorauszahlungen für Energie- und Fernwärmlieferung, Kosten für Brennstoffe, Wartungs- und Instandhaltungskosten und Nachzahlungen nach Ablauf des Abrechnungszeitraumes. Sie müssen in TATSÄCHLICHER HÖHE übernommen werden. Denn die Gesetzeslage ist klar: „Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind.“ (§ 22 Abs. 1 SGB II) Die Auseinandersetzung mit der ARGE entbrennt meist über das Angemessenheitskriterium, das Grundlage für den Vorwurf unwirtschaftlichen Verhaltens ist. Dabei nimmt das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen „in Übereinstimmung mit der wohl absolut herrschenden Meinung an, dass sich die Angemessenheit der im Einzelfall nach § 22 SGB II zu übernehmenden Heizkosten regelmäßig aus der Höhe der vom Leistungsempfänger zu zahlenden Abschläge ergibt, solange keine Hinweise auf missbräuchliches Heizverhalten vorliegen.“ (u. a. LSG NRW 21.12.2007 L 19 B 157/07 und BSG v. 23.11.2006 - B 11b AS 3/ 06 R).

## Angemessenheit ist schwer zu kontrollieren

Die Angemessenheit der Heiz- und Nebenkosten ist abhängig von persönlich schwer zu kontrollierenden Faktoren. Das können bauliche Aspekte (Wärmeisolierung, Lage, Etage, kalte Außenwände, Wohnfläche), technische Gründe (Effektivität von Heizung und Wartung, Art der Heizung), meteorologische Umstände (Anzahl Heiztage/Heizperiode), das Heizverhalten der Nachbarn oder die Preisentwicklung der Energiepreise (SG Aachen 10.08.2006 – S 9 AS 48/06) (Mieterbund Gaspreisanstieg 10,5 % bzw. 17,7 %, Heizöl 32 % und 11 %) sein. Zudem haben Arbeitslose einen höheren Bedarf an Heiz- und Nebenkosten als Berufstätige (SG Duisburg 03.08.2006 – S23 SO 75/05), da sie gezwungenermaßen mehr Zeit zu Hause verbringen. Ein höherer Bedarf ist auch gegeben, wenn Kinder in der Wohnung leben (OVG NI – FEVS 33, 156), oder durch einen altersbedingten höhe-

ren Verbrauch (LSG NRW 26.06.2007 – L 20 B 90/07 AS. Sämtliche Gerichts-urteile aus: Jäger/ Thomé: Leitfaden ALG II/ Sozialhilfe von A-Z, Frankfurt am Main 2008, S.155ff.). Auch der persönliche Gesundheitszustand kann höhere Kosten verursachen [Kölner Richtlinie Nr. 37: Richtlinie zur Berücksichtigung der Kosten der Unterkunft im SGB II vom 26.02.2008 (Az.: 37/07 50 05 022a)].



Entscheidend ist der Einzelfall – Pauschalen sind meist illegal Wie in diesen Beispielen deutlich wird, entscheidend ist der Einzelfall (BSG 07.11.2006 – B 7b AS 18/06). Der Einzelfall gibt dem Sachbearbeiter Ermessensspielraum. Pauschalen sind nur Anhaltspunkte und gelten nicht als unumstößliches Recht. Dennoch versucht die ARGE durch permanentes Herumreiten auf angeblich unumstößlichen Pauschalen indirekt die Regelsätze zu drücken. Dies ist meist illegal.

Belehrung und schriftliche Aufforderung sind zwingend Die Kölner Richtlinie 37 dazu: „Bei der Feststellung der Angemessenheit von Heizkosten (nach Abzug evtl. enthaltener Warmwasseranteile) ist im Regelfall von maximal 1,30 €/mtl. je qm auszugehen. Da eine Kürzung von Nebenkosten auf eine sozialhilferechtlich angemessene Höhe erst nach vorheriger Belehrung möglich ist, ist in Neuansprüchen zunächst der vom Vermieter oder Energieversorgungsunternehmen bescheinigte und zu leistende Abschlag bei der Leistungsberechnung zu berücksichtigen. Sofern dieser die

sozialhilferechtliche Angemessenheit übersteigt, ist mit den Leistungsberechtigten zu klären, worauf der hohe Verbrauch zurückzuführen ist. (...) Ist tatsächlich bei sämtlichen Mietparteien ein höherer Verbrauch (als 1,30 € / qm) zu verzeichnen, kann von baulichen Besonderheiten und/oder Mängeln ausgegangen werden, die ein Abweichen vom Regelbetrag von 1,30 € rechtfertigen.“

## Kostenübernahme auch bei Unangemessenheit

Selbst wenn die Heizkosten unangemessen sind, müssen die tatsächlichen Kosten solange berücksichtigt werden, „wie es nicht möglich oder nicht zumutbar ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate.“ (§ 22 Abs. 1 S. 4 SGB II). Ein Wohnungswechsel muss rentabel sein. Wenn die Folgekosten (Renovierung, doppelte Miete etc.) eines Umzugs zu hoch sind, fordert die ARGE selten zur Kostensenkung durch Umzug auf.

Ganz wichtig und grundsätzliche Bedingung für die Aufforderung zur Senkung der Heizkosten durch die ARGE sind ihrerseits Belehrung und Vorschläge zur Kostensenkung. (§ 31 Abs. 1 S. 2 SGB II). Die Bundesagentur definiert noch genauer in ihren Anweisungen: „In diesem Zusammenhang (bei der Belehrung) ist ihm deutlich aufzuzeigen, dass und wie er sein unwirtschaftliches Verhalten unterlassen soll.“ (BA 31.35) Unwirtschaftliches Verhalten definiert die Bundesagentur als Verhalten, dass „jede wirtschaftliche vernünftige Betrachtungsweise vermissen lässt und dadurch weitere Hilfebedürftigkeit auslöst“. Also sozusagen ALG II – Empfänger außer Kontrolle.

Da dies selten der Fall ist, entbehren die Aufforderungen der ARGE jeder juristischen Grundlage. Die höheren Kosten ergeben sich meist aus den dargestellten unabänderlichen Gründen. Sollten ihr eine solche schriftliche Aufforderung bekommen, holt euch Rat bei den KEAs.

Text: dru, Foto: Klaus, pixelio.de  
WWW.DIE-KEAS.ORG

# HPs Notizen

## ES WIRD KNALLEN

Unter der Überschrift „Zahltag verteidigen“ ruft die Kampagne Zahltag zu Protesten am 15.06. auf. So soll es um 10 Uhr zu einem 'Zahltag der offenen Türen' in der ARGE Luxemburger Straße kommen und um 12 Uhr unter dem Motto „Zahltag verteidigen“ zu weiterem Protest am Amtsgericht gegenüber. Grund für diesen außergewöhnlichen Protesttermin (sonst sind Zahltag meist zum Monatsanfang) sind Anklagen, gegen zwei Aktivisten des ersten Kölner Zahltages im Oktober 2007. Ihnen wird vorgeworfen den Hausfrieden in der ARGE gestört zu haben. Die Aktion 'Zahltag!' ist eine mittlerweile bundesweit verbreitete Form kollektiver Gegenwehr gegen die Entwürdigung und Entrechtung an den ARGEs und anderen Orten sozialer Ausgrenzung. Recht martialisch kündigt die Kampagne an: »Ihr "Hausfrieden" wird ihnen bald um die Ohren fliegen.«

## Ein-Euro-, Jobs' verdrängen reguläre Arbeitsplätze

Nahezu jeder zweite Ein-Euro-„Jobber“ arbeitet in den gleichen Tätigkeiten wie Festangestellte. Das ist ein Ergebnis der ersten repräsentativen Befragung von Ein-Euro-„Jobbern“. Der DGB hat dafür Daten aus der Umfrage Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS) des IAB ausgewertet und die Ergebnisse im neuen Arbeitsmarkt aktuell zusammengefasst. ([www.dgb.de/themen/themen\\_a\\_z/a\\_bisz\\_doks/a/arbeitsmarkt\\_aktuell\\_04\\_09.pdf](http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/a_bisz_doks/a/arbeitsmarkt_aktuell_04_09.pdf))

## „Unangemessene“ Miete auch länger als 6 Monate

Wieder hat ein Gericht entschieden, dass eine Miete, welche die ARGE als zu teuer einstufte länger als die „in der Regel 6 Monate“ zu zahlen ist. Am 23. März entschied so das Sozialgericht Düsseldorf gegen die ARGE Leverkusen. Diese hatte verlangt die „unangemessenen“ Kosten der Unterkunft von 425 Euro auf 320 Euro zu senken. Auf Grund des Wohnungsangebotes sei es dem Mieter nicht möglich in der angegebenen Frist eine Wohnung nach den Vorgaben der ARGE zu finden, entschied das Gericht. Eine Berufung wurde nicht zugelassen, da das Gericht

nicht von der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts abweicht. S 35 AS 164/06

## Hartz IV: Unterkunfts- und Heizkosten

Das SGB II, das die Leistungen an erwerbsfähige Hilfebedürftige und damit für 3,5 Millionen Bedarfsgemeinschaften regelt, ist zu einer der streitträchtigsten Rechtsgrundlagen in der Geschichte der BRD überhaupt geworden. Im Jahr 2008 wurden rund 130.000 Gerichtsverfahren zur Auslegung und Anwendung dieses Gesetzes eingeleitet. Einen Schwerpunkt der Streitigkeiten bilden die Unterkunfts- und Heizkosten, auf deren Erstattung die Hilfebedürftigen unter den gesetzlich genannten Bedingungen Anspruch haben. Alle wichtigen Rechtsfragen rund um dieses Thema haben jetzt Mieterbund-Präsident Dr. Rips und Rechtsanwalt Gautzsch vom Mieterverein Dortmund sorgfältig aufgearbeitet. ISBN 978-3-933091-78-9/122 Seiten, Festeinband 6,90 Euro

## Pressefest



Pünktlich zum Sommerbeginn findet vom 19. bis 21.06 2009 in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressefest statt. Es ist das 16. Fest, dieser Art. Die Feste sind inzwischen zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden. Unter anderem treten „Klaus der Geiger“ und „Konstantin Wecker“ auf.

## Kontrolle auf Richtigkeit nicht nötig

Wenn Leistungsempfänger allen ihren Pflichten nachkommen, besteht keine Verpflichtung, die Behörde auf die Richtigkeit ihrer Gewährung hin zu kontrollieren. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der wenig aussagekräftigen, überwiegend aus Satzbausteinen bestehenden Begründung der Bescheide sowie der an die Bescheide angehängten, für den Laien unverständlichen Berechnungsbögen. Es kann von sozialrechtlich ungebildeten Laien, wie die Kläger es sind, nicht erwartet werden, die Berechnungsbögen von Arbeitslosengeld II-Bescheiden zu lesen und dort Unrichtigkeiten zu erkennen. (S 18 AS 1463/08 )

# Infos & Hilfe

**Beratungssstelle n**  
ABC Hähnehaus, Von-Ketteleer-Str. 2, 51061 Köln-Hähnehaus, Tel. 646641

Echlo, Abendrothstr. 20-22, 50769 Köln-Seeburg, Tel. 7008703

KALZ, DGB-Haus, Hans-Böckler-Pl. 1, 2. OG., Tel. 5461074

Vingster Treff, Würzburger Str. 11a, 51103 Köln-Vingst, Tel. 875485.

**Beschwerdestelle ArGe Köln**  
Fehlerrichte ALG II-Beschleide? Probleme mit dem/der Sachbearbeiter/in? »verschwundene« Unterlage n? keine persönlichen Ansprechpartner? Hier finden Sie die Beschwerdestelle der ArGe: in der Agentur für Arbeit Luxemburger Str., 10. Stock.

**Buchstabe A, D, L, R, V, Y:** Frau Grevers-Pieck, Zi. 1030, Tel. 0221-9429-8381.

**Buchstabe B, S, T, W, X:** Herr Herzognerath, Zi. 1017, Tel. 0221-9429-8210.

**Buchstabe C, E-K, U, Z:** Herr Gottschlich, Tel. 0221-9429-8578, Zi. 1001.

**Kölner Montagsdemo**  
Jeden Montag 18:00 vor dem Dom.

**Abkürzungen**  
ALG-II: Arbeitslosengeld II (auch Hartz-IV genannt) • ArGe: Arbeitsgemeinschaft zwischen der Gemeinde und der Arbeitsagentur • Az: Aktenzeichen • BA: Bundesagentur für Arbeit • BSG oder BsozG: Bundessozialgericht • BT-Drucksache: Bundestags-Drucksache • DiMa: Disability Management der ARGE [Disability = Behinderung] • KEA: Kölner Erwerbslosen-Anzeiger • Die KEAs e.V.: Kölner Erwerbslose in Aktion e.V. • PAP: Persönlicher Ansprechpartner • SGB: Sozialgesetzbuch

[www.Die-KEAs.org](http://www.Die-KEAs.org)

Ärger mit der ARGE?



Die KEAs bieten jeden Montag, zwischen 11:00 und 14:00 Uhr, eine Sprechstunde für Hilfebedürftige Erwerbslose an. Steprathstr. 11 in Kalk (U »Kalk Kapele«, Linien 1 und 9).

# ARGEr Hunger

Teil 3. Was bisher geschah: Der stark seh- und hörbehinderte Michael D. gerät im März unverschuldet in eine Notlage und möchte ALG-II beantragen. Leichter gesagt als getan. Papierschlachten, Wartemarathon und Hunger aus Geldmangel werden von nun an seine ständigen Begleiter. Mittlerweile ist es Juni.

Ich saß mal wieder vor dem Büro des gehassten Herrn Z. An mir ging eine Mitarbeiterin mit etwas zu Essen vorbei und verschwand in dem Büro nebenan. Ich hatte den Geruch davon in der Nase. Ich überwand mich, stand auf und klopfte an die Tür. Ich öffnete die Tür und bat sie höflich, mir etwas abzugeben. Sie brüllte mich an: „Verlassen Sie sofort das Büro, raus hier!“ Diese Worte zitiere ich hier im Original, so wie sie gefallen sind.

## Warten im Flur

Ich setzte mich wieder und wartete und wartete. Ich wurde hereinggerufen. Außer Herrn Z. saß noch jemand im Büro – eine Frau W. (mit ihr sollte ich später noch unangenehme Erfahrungen machen). Ich weiß nicht mehr genau, worum es ging. Mir ging es nur noch darum, meine Notsituation in den Griff zu bekommen. Es roch nach frischem Brötchen. Meine Gedanken kreisten um dieses Brötchen. Es stellte sich heraus, dass Frau W. Das Brötchen hatte. Ich fragte sie, ob ich es haben könne. Sie gab es mir nicht und aß es selbst...

## Warten auf etwas Geld

Nach über zwei Monaten bewegte sich Herr Z dazu, mir 300 € auszuzahlen. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit kann man in so einer Situation gerade die Kündigung der Wohnung verhindern, wenn der Vermieter wohlwollend ist. Damit war das Geld dann auch weg.

## Dankbrief

Einige Tage später schrieb ich, nicht ohne Ironie, folgende Worte an Herrn Z.: „Erst einmal möchte ich mich nochmals bei Ihnen für Ihre schnelle (!) Hilfe bedanken. Das hat meine Situation ungemein (!) entschärft (...) Noch ein kurzes Wort zum Schluss an Ihre Kolleginnen und Kollegen, insbesondere an die ... Da-

me ... in einem Ihrer Nachbarzimmer, welche mich bei meiner wirklich höflichen und zurückhaltenden Bitte um etwas zu Essen böse angefahren hat. Es ist äußerst unangenehm und peinlich, in solch eine Situation zu geraten, in der ich war. Die letzten Wochen waren ein absoluter Spießbrutenlauf mit Hunger und schlaflosen Nächten. Ich selber hätte vorher nie gedacht, dass man so leicht in solche Schwierigkeiten geraten kann.“

## Keine Hilfe in Sicht

Danach war wieder Stille seitens der ARGE, keine Hilfe, kein Bescheid, nichts.

Obwohl ich mich vor der ARGE komplett ausgezogen habe und noch einen Haufen belangloser Dinge dort hin getragen habe, tat sich nichts. Meine Lebensmittel beschaffte ich mir mittlerweile auf Wegen, die ich hier nicht genauer beschreiben möchte. Es folgten wie-

der Tage mit Fieber und Schüttelfrost. Das war keine Erkältung!

## Diät wider Willen

Ich hatte mittlerweile fleißig abgenommen. Jeder Diätgeplagte würde sich über derartige „Erfolge“ freuen.

## Kölner Tafel gibt nichts

Übrigens, beim „Brotkorb“ und anderen Ausgabestellen, die über die Kölner Tafel versorgt werden, habe ich nichts bekommen! Dafür hätte ich einen Bescheid der Arge vorlegen müssen, den ich nicht hatte. Und die Suppenküchen kosten Geld, welches ich auch nicht hatte.

## Bescheid nach 3 Monaten

Im Juni, man glaubt es kaum, kam endlich die Hilfe, und auch der Bescheid. Der mittlerweile entstandene körperliche, seelische und wirtschaftliche Schaden war davon nicht mehr zu bezahlen.



Foto: Andreas Morlok, pixello.de



## ARGE ABwickeln und nicht (Weiter-) ENTwickeln!

In Chorweiler weitet die ARGE ihre segensreiche Tätigkeit nun auch auf Jugendliche und sogar Kinder aus. Alles rein in die Kartei! Daten von Jugendamt, Schulamt, Polizei, fiesen Nachbarn: Alles rein in die Akte! Das Büro heißt „Die Chance“. Nur, für wen? Für die Menschen oder für die Datensammler, Stigmatisierer, Abschieber und Im-Zaumhalter?

Text und Foto: jlk

# Dialektik der Aufklärung

„In der Tat verwirklicht sich heute eine Art Wohlfahrtsstaat auf höherer Stufenleiter. Um die eigene Position zu behaupten, hält man die Wirtschaft in Gang, in der auf Grund der äußerst gesteigerten Technik die Massen des eigenen Landes dem Prinzip nach als Produzenten schon überflüssig sind.

Die Arbeiter, die eigentlichen Ernährer, werden, so will es der ideologische Schein, von den Wirtschaftsführern, den Ernährten, ernährt. Die Stellung des Einzelnen wird damit prekär. Im Liberalismus galt der Arme für faul, heute wird er automatisch verdächtig. Der, für den man draußen nicht sorgt, gehört ins Konzentrationslager, jedenfalls in die Hölle der niedrigsten Arbeit und der Slums. Die Kulturindustrie aber reflektiert die positive und negative

Fürsorge für die Verwalteten als die unmittelbare Solidarität der Menschen in der Welt der Tüchtigen. Niemand wird vergessen, überall sind Nachbarn, Sozialfürsorger, Dr. Gillespies und Heimphilosophen mit dem Herzen auf dem rechten Fleck, die aus der gesellschaftlich perpetuierten Misere durch gütiges Eingreifen von Mensch zu Mensch heilbare Einzelfälle machen, soweit nicht die persönliche Verderbtheit der Betroffenen dem entgegensteht.

Die betriebswissenschaftliche Kameradschaftspflege, die schon jede Fabrik zur Steigerung der Produktion sich angelegen sein läßt, bringt noch die letzte private Regung unter Kontrolle, gerade indem sie die Verhältnisse der Menschen in der Produktion dem Schein nach unmittelbar macht, reprivatisiert.

Solche seelische Winterhilfe wirft ihren versöhnlichen Schatten auf die Seh- und Hörstreifen der Kulturindustrie, längst ehe jene aus der Fabrik totalitär auf die Gesellschaft übergreift.

Die großen Helfer und Wohltäter der Menschheit aber, deren wissenschaftliche Leistungen die Schreiber geradeswegs als Taten des Mitleids aufziehen müssen, um ihnen fiktives menschliches Interesse abzugewinnen, fungieren als Platzhalter der Führer der Völker, die schließlich die Abschaffung des Mitleids dekretieren und jeder Ansteckung vorzubeugen wissen, nachdem noch der letzte Paralytiker ausgerottet ist.“

(Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt am Main, 1969, S. 159f.)